

Bürgerverein Wir für Karow e.V.
Alt-Karow 8
13125 Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
z.Hd. Herrn Senator Geisel
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin



Offener Brief: Bauvorhaben Berlin-Karow

Berlin, 11.09.2022

Sehr geehrter Herr Senator Geisel,
ich wende mich an Sie im Namen und in Vertretung des „Bürgervereins Wir für Karow e.V.“, der die Interessen der Karower Bürgerschaft bei den Bebauungsplänen für Berlin-Karow („Am Teichberg“, „Straße 52“ und „Karow Süd“) vertritt und der aus der Bürgerinitiative hervorgegangen ist, die den von der BVV Pankow im November 2020 beschlossenen Einwohnerantrag zu o.g. Bauvorhaben initiiert hat.

Neue Verdichtungsstudie: Hochhaus-Satellitenstädte ohne Verkehrsanbindung

Wir möchten mit diesem offenen Brief unsere Verärgerung und Enttäuschung über die jüngsten Entwicklungen der Bauplanungen für Berlin-Karow zum Ausdruck bringen. Konkret geht es um die in der Berliner Morgenpost vom 1.8.2022 besprochene „Verdichtungsstudie“, welche für die Bauprojekte in Berlin-Karow nun ein Potential von bis zu 4.800 Wohneinheiten sieht – eine Steigerung um 60% gegenüber den bisherigen Senatsplänen und nahezu eine Verdreifachung gegenüber der von der BVV Pankow beschlossenen Bebauungsplanung. Diese sah bereits eine bis zu 4-geschossige Bebauung vor.

Konkret bedeutet diese Verdichtung den Bau von Hochhäusern in einem dörflichen Umfeld, das bereits in den 90er Jahren durch das damals europaweit größte Neubaugebiet (Karow-Nord) um ca. 5.000 Wohnungen erweitert wurde. Unterstellt man im Durchschnitt ca. zwei Bewohner pro Wohneinheit, würde sich die Einwohneranzahl Karows in kurzer Zeit um ca. 50% erhöhen – ein gravierender Einschnitt für die Anwohner und eine unüberwindbare Herausforderung für die derzeitige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsinfrastruktur.

Bürgerbeteiligung und demokratische Bezirksentscheidung ignoriert

Ein mühsam gefundener Kompromiss, den die Karower Bürgerschaft mit den politischen Akteuren im Bezirk erarbeitet hat, und der mit großer Mehrheit von der BVV beschlossen wurde, wird von Ihnen in einem Handstreich zunichtegemacht und sogar negiert.

Es lag uns immer sehr viel daran, die Bebauungsplanung konstruktiv zu begleiten, zu unterstützen und gerade nicht, dem „NIMBY-Ansatz“ („Not in my Backyard/Nicht bei uns) anderer Bürgerinitiativen zu folgen. Eine Nichtbebauung war nie unser Ziel – uns ging es immer um die Verbesserung der bereits heute katastrophalen Verkehrssituation, die Ortsverträglichkeit der Bebauung und die Lebensqualität der heutigen und auch der zukünftigen Anwohner.

Gerade das hat dazu geführt, dass nach der nicht abgeschlossenen Bürgerbeteiligung des Bezirksamtes Pankow am Ende doch noch ein weitgehend akzeptiertes Ergebnis erreicht wurde, das beiden Seiten Rechnung trägt: den Einwohnern Berlins, die eine Wohnung suchen und in einem qualitativ ansprechenden, schönen Umfeld leben wollen sowie den Anwohnern Karows und des Bezirks Pankow. Diese Akzeptanz ist nun in großer Gefahr.

Uns ist klar, dass nach der Übernahme der Bauprojekte durch den Senat der BVV-Beschluss juristisch nicht mehr bindend ist. Er ist jedoch der demokratisch beschlossene Wille der Bürger und des Bezirks Pankow.

Verkehrsinfrastruktur: Einzelprojektbetrachtungen, Minimal(st)lösungen und keine konkrete Bauplanung

Besonders kritisch sehen wir – neben der aus der Studie resultierenden Baudichte- und höhe – die fehlende Planung der Weiterentwicklung der bereits heute kritischen Verkehrsinfrastruktur. Zwar wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Bebauung „selbstverständlich“ nur „Hand in Hand“ mit der Entwicklung von Verkehrslösungen erfolgen wird, in der Realität sehen wir das genaue Gegenteil.

Der Status der Verkehrsplanung erinnert uns an „Behörden-Ping-Pong“. Ihre Senatsverwaltung verweist darauf, dass die Verkehrsplanungshoheit bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (SenUMVK) liegt, mit der man eng zusammenarbeitet. Dort teilte man uns auf Anfrage mit, dass „...die Verantwortung und Federführung für die Beauftragung...der Fachplanungen wie z.B. das Mobilitätskonzept und die verkehrliche Untersuchung...“ an Ihre Senatsverwaltung übergegangen ist.

Für uns zeigt sich hier, dass die Fertigstellung einer belastbaren Verkehrsinfrastruktur vor dem Beginn der Bebauung (wie sie ebenfalls von der BVV beschlossen wurde und die Sie im Interview der Berliner Morgenpost vom 29.7.2022 als Notwendigkeit sehen) nicht absehbar ist.

Als eines von vielen Beispielen möchten wir die S75-Verlängerung nennen, die – mit den Bahnhöfen „Sellheimbrücke“ und „Turmbahnhof Karow“ – auch von Ihrer Senatsverwaltung als Voraussetzung für das Baufeld Karow-Süd benannt wird. Für dieses Großprojekt gibt es keinerlei konkrete Planungen, die Verlängerung ist lediglich Teil des Infrastrukturprojekts „i2030“. Gemäß des „Stadtentwicklungsplans Mobilität und Verkehr“ (SenUMVK) ist „die Inbetriebnahme...für das Jahr 2035 avisiert“. Selbst wenn die Bahnhöfe im Jahr 2035 ans Netz gehen würden (was wir für sehr unrealistisch halten), wäre das lange nach der Fertigstellung der geplanten massiven Bauprojekte.

Ein Antrag im Berliner Abgeordnetenhaus, der genau diese Verlängerung der S75 zum Inhalt hatte (Drucksache 19/0162), wurde im dortigen Mobilitätsausschuss kürzlich abgelehnt. Wohlwollend könnte man hier von einem grotesken Vorgang sprechen – oder davon, dass den Anwohnern bewusst Unwahrheiten kommuniziert werden, um möglichst schnell und viel zu bauen – nach dem Motto: „Nach uns die (Verkehrs-) Sintflut“. Leider eine Erfahrung, die viele von uns bereits beim Bau der Siedlung Karow-Nord in den 1990ern gemacht haben. Die damals versprochene Erhöhung des Taktes der S2, der S-Bahnhof „Buch Süd“ und die angekündigte Verbindungsstraße zur B2 wurden bis heute – fast 30 Jahre später – nicht realisiert.

Konkrete Planungen zur verkehrlichen Erschließung des Berliner Nordostens gibt es – bis auf wenig hilfreiche singuläre Kiezbushlinien sowie den Radweg „Panketrail“ – nicht. Die Karower Bauprojekte werden genau wie alle anderen im Berliner Nordosten (z.B. Buch „Am Sandhaus“, Buch-Süd, Elisabethaue, Blankenburger Süden, Alte Schäferei, Karower Damm, Ludwig-Quidde-Straße, etc.) für die Verkehrsplanung nur einzeln untersucht (siehe Antwort Ihrer Senatsverwaltung auf die Anfrage 19/12 582 im AGH vom 13.07.2022), obwohl die Projekte im Verflechtungsbau geplant sind und demzufolge auch deren Gesamtauswirkungen und -bedarfe betrachtet werden müssen.

Steigende Pendlerströme aus Brandenburg bleiben unberücksichtigt

Komplett außen vor bleibt die Tatsache, dass auch in Brandenburg u.a. entlang der S2 massiv Wohnungen gebaut wurden und viele weitere geplant sind, was weiter steigende Pendlerströme erzeugen wird, die ihrerseits die schon heute kritische Infrastruktur weiter beanspruchen werden. Durch den gesamten Nordosten Berlins pendelten bereits 2021 täglich fast 40.000 Brandenburger (Quelle: BBSR, Amt für Statistik Berlin, Stand August 2022) – und das in einem „Corona-Jahr“!

Insgesamt sind für den Berliner Nordosten für die kommenden Jahre zusätzliche ca. 30.000 Wohnungen (Quellen: WoFIS, Wohnbaukonzept Pankow) mit über ca. 60.000 neuen Einwohnern

geplant, ohne dass eine belastbare, d.h. konkrete Planung zur Verbesserung der bereits heute kritischen Verkehrssituation existiert.

In Kombination mit der massiven Bebauung sehen wir die Gefahr einer erheblichen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der heutigen und zukünftigen Einwohner und die große Gefahr der Bildung von Hochhausghettos am Stadtrand, die dann ihre eigenen Probleme schaffen.

Wir fordern Sie daher auf, die bisher guten Kontakte zu den Bürgervertretern Karows aufrecht zu erhalten und die Beteiligung der Bürger – wie sie nach wie vor gemäß Ihren eigenen Leitlinien vorgesehen ist – ernst zu nehmen. Wir sind für eine bauliche Weiterentwicklung Karows mit hoher Lebensqualität für alle Karower – heutige und zukünftige. Auf dieser Basis stehen wir für einen konstruktiven Dialog immer zur Verfügung.

Unsere Forderungen waren, sind und bleiben:

- **Verkehrslösungen vor der Bebauung schaffen (für den Nordosten im Verbund und unter Berücksichtigung der Brandenburger Pendlerströme)**
- **ortsverträgliche Bebauung zum Erhalt und zur Schaffung eines guten und schönen Wohnumfelds für alle**

Beste Grüße aus Berlin-Karow,

Bürgerverein „Wir für Karow e.V.“
i.V. Till Moepert

Andere Empfänger des offenen Briefes:

- Bezirksbürgermeister des Bezirks Pankow
- Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Bürgerdienste Pankow
- Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum Pankow
- stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, SPD der BVV Pankow
- Mitglieder des stadtentwicklungspolitischen Ausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus
- Berliner Morgenpost
- Der Tagesspiegel
- Berliner Zeitung
- Bucher Bote
- rbb